Deutscher Bundestag **Drucksache 17/9853**

17. Wahlperiode 31. 05. 2012

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Tourismus (20. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Gabriele Hiller-Ohm, Silvia Schmidt (Eisleben), Elvira Drobinski-Weiß, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 17/5913 –

Barrierefreier Tourismus für alle

A. Problem

Mit ihrem Antrag setzt sich die Fraktion der SPD für einen vom Bund koordinierten Masterplan für barrierefreien Tourismus ein. Zusammen mit den Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden sollten konkrete Umsetzungsschritte festgelegt werden. Ferner schlägt die Fraktion vor, für den barrierefreien Umbau von gastronomischen und touristischen Einrichtungen ein Zuschussprogramm der KfW Bankengruppe aufzulegen. Die Bundesregierung müsse auch dafür sorgen, dass die Deutsche Bahn AG Bahnhöfe generell barrierefrei ausbaut. Barrierefreiheit müsse zudem verpflichtend in die akademische Ausbildung der tourismusrelevanten Studiengänge sowie der Hotelfachschulweiterbildungen aufgenommen werden.

Zur Begründung heißt es in dem Antrag, barrierefreies Reisen bilde einen wichtigen Bestandteil der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Mit der im März 2009 ratifizierten UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen verpflichte sich Deutschland, geeignete Maßnahmen für Barrierefreiheit zu ergreifen. Diese müssten für Menschen mit Gehbehinderungen ebenso wie mit Seh- und Hörbehinderungen und anderen Einschränkungen bei der Reiseplanung, auf dem Reiseweg, bei der Unterkunft und den touristischen Angeboten durchgängig durchgesetzt werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/5913 abzulehnen.

Berlin, den 9. Mai 2012

Der Ausschuss für Tourismus

Klaus Brähmig
Vorsitzender

Christian Hirte
Berichterstatter

Gabriele Hiller-Ohm
Berichterstatterin

Jens Ackermann
Berichterstatter

Dr. Ilja Seifert
Berichterstatter

Markus Tressel
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Christian Hirte, Gabriele Hiller-Ohm, Jens Ackermann, Dr. Ilja Seifert und Markus Tressel

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/5913** in seiner 114. Sitzung am 9. Juni 2011 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Tourismus und zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 89. Sitzung am 9. Mai 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 68. Sitzung am 9. Mai 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 103. Sitzung am 9. Mai 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat in seiner 49. Sitzung am 21. September 2011 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 73. Sitzung am 9. Mai 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 65. Sitzung am 9. Mai 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag auf Drucksache 17/5913 in seiner 57. Sitzung am 9. Mai 2012 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hob hervor, dass die Herstellung der Barrierefreiheit im Tourismus schon seit vielen Jahren als ständige Aufgabe in der Politik der Bundesregierung verankert sei und durch geeignete Projekte unterstützt werde. Dies sei eine Aufgabe, die die Bundesregierung nicht allein erfüllen könne; vor allem die Länder, Regionen und Kommunen seien hier gefragt, ebenso die Leistungsträger auf allen Stufen der Servicekette. Zum Antrag selbst sei zu sagen, dass dieser nicht grundsätzlich falsch sei, aber die Vielzahl der aufgestellten Forderungen sei so nicht realisierbar. Es sei z. B. nicht möglich, in nächster Zeit bei Großveranstaltungen, z. B. Messen und Kongressen, über die gesamte Servicekette Barrierefreiheit herzustellen. Auch die Forderung, die Länder durch eine Änderung ihrer jeweiligen Landesbauordnung auf Barrierefreiheit zu verpflichten, könne vor Ort zu Schwierigkeiten und Reibungen bei der Umsetzung führen. Wichtig sei es, in den Kommunen Aufmerksamkeit und Bewusstsein für das Thema zu schaffen und nicht alles von Berlin aus vorzuschreiben. Sinnvoller sei es, angesichts der konkreten Situation vor Ort mit leistbarem Einsatz konkrete Verbesserungen zu erreichen.

Das Gleiche gelte bei den Bahnhöfen. Auch hier hätte die Bundesregierung mit dem Konjunkturprogramm schon erste Schritte angestoßen; die Umsetzung des Programms nehme jedoch einige Jahre in Anspruch. Die Herstellung der Barrierefreiheit sei insgesamt mit sehr viel Geld verbunden, was eine realistische Einschätzung der Ressourcen notwendig und das richtige Augenmaß bei der Umsetzung erforderlich mache. Daher sei der Antrag insgesamt abzulehnen.

Die **Fraktion der SPD** wies einleitend darauf hin, dass der Ausschuss sich im Februar dieses Jahres in einer öffentlichen Anhörung mit dem Thema „Barrierefreier Tourismus“ befasst habe (vergleiche Kurzprotokoll der 48. Sitzung vom 8. Februar 2012). Dabei sei sehr deutlich geworden, dass es in Deutschland bei der Schaffung von barrierefreiem Tourismus ein Umsetzungsproblem gebe. Alle Sachverständigen seien sich einig gewesen, dass auf allen politischen Ebenen, dem Bund, den Ländern, den Landkreisen und den Kommunen, mehr politische Unterstützung notwendig sei, um das Ziel des barrierefreien Reisens zu erreichen. Wie oftmals im Tourismus zeige sich auch hier das Problem, dass es verschiedene Verantwortlichkeiten gebe und es an einer Gesamtkonzeption fehle. Daher sei es notwendig, einen vom Bund koordinierten Masterplan für den Tourismus in Zusammenarbeit mit den Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden aufzustellen. An der Erarbeitung des Masterplans könne die Nationale Koordinierungsstelle Tourismus für Alle (NatKo) einen wesentlichen Anteil leisten. Die NatKo sei zu einem bundesweiten Kompetenzzentrum für barrierefreien Tourismus auszubauen und vom Bund finanziell so auszustatten, dass sie diese Aufgaben leisten könne.

Um einen besseren Zugang zu Gebäuden sicherzustellen, sei es auch wichtig, dass Barrierefreiheit zu einem Vergabekriterium für Fördermittel des Bundes werde. Auf diese Weise

könnte bei öffentlichen Bauten oder auch privaten Bauten, die der Bund fördere, die Barrierefreiheit vorangebracht werden. Die Sachverständigen hätten aber auch darauf hingewiesen, dass die Tourismuswirtschaft in der Pflicht sei, mehr barrierefreie Angebote zu schaffen. Das Interesse der Tourismuswirtschaft sei hier insgesamt noch viel zu gering. Gerade kleineren Familienbetrieben fehle oft das Geld, um die notwendigen Umbauten zu verwirklichen. Die Fraktion der SPD forderte daher ein Zuschussprogramm der KfW Bankengruppe, um notwendige Investitionen in Beherbergungsbetrieben und Gaststätten anzuschieben. Sinnvoll sei auch eine unabhängige Überprüfung, ob die als barrierefrei ausgezeichneten Häuser dies auch tatsächlich seien. Die Selbsteinschätzung der Betriebe habe sich als nicht ausreichend herausgestellt. Letztendlich sei es wichtig, dass die gesamte Servicekette, also zum Beispiel auch das Reisen mit der Bahn, barrierefrei sei.

Die **Fraktion der FDP** erinnerte daran, dass es das Ziel der Koalition sei, die Rahmenbedingungen für Menschen mit und ohne Behinderungen positiv zu gestalten. Voraussetzung hierfür sei unter anderem die Barrierefreiheit in allen Bereichen. In der öffentlichen Anhörung sei darauf hingewiesen worden, dass alle gesellschaftlichen Kräfte an der Umsetzung der Barrierefreiheit mitarbeiten müssten. Dies sei eine Aufgabe, die die Politik nicht allein schultern könne. Daher könne die Bundesregierung auch nicht alleiniger Adressat der zahlreichen Forderungen der Antragsteller sein, unabhängig davon, dass barrierefreier Tourismus ein Ziel der Koalition und der Bundesregierung sei. Die Bundesregierung könne vielfach nur Anstöße geben, umsetzen müssten die Maßnahmen dann die Akteure in den Ländern, Städten, Regionen und Gemeinden. Ungeachtet dessen habe die Bundesregierung in den vergangenen Jahren zahlreiche Projekte im barrierefreien Tourismus gefördert. Aktuell fördere das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie ein Projekt zur „Entwicklung und Vermarktung barrierefreier Angebote und Dienstleistungen im Sinne eines Tourismus für alle in Deutschland“ mit fast 0,5 Mio. Euro. Letztlich gehe es nicht darum, wie mit dem Antrag beabsichtigt, mit staatlichen Sanktionen und Zwang Barrierefreiheit zu erreichen, sondern die Eigenverantwortung der Menschen, auch der Tourismuswirtschaft, zu stärken.

Die **Fraktion DIE LINKE.** stellte heraus, dass das Thema Barrierefreiheit eines der Leitthemen der Regierungspolitik für die nächsten Jahre sein sollte. Bedauerlicherweise nehme die Bundesregierung die UN-Menschenrechtskonvention nicht sonderlich ernst, obwohl diese die Politik eigentlich verpflichte, geeignete Maßnahmen zu treffen, um allen Menschen eine Teilhabe an Erholung und Tourismus zu ermöglichen. Insofern sei der vorliegende Antrag zu unterstützen, auch wenn er an der einen oder anderen Stelle noch verbesserungsbedürftig sei. So fehle z. B. ein Hinweis auf die Fernlinien- und Reisebusse sowie Taxen und Schiffe. Letztlich reiche es nicht, auf die Bewusstseinsbildung der einzelnen zu setzen, sondern es sei wichtig, dass der Gesetzgeber alles dazu beitrage, um möglichst schnell Barrierefreiheit umzusetzen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, Mobilität sei der wesentliche Aspekt des Reisens. Daher nütze eine barrierefreie Infrastruktur nicht nur den Betroffenen, sondern allen Bürgerinnen und Bürgern. 10 Prozent der Bevölkerung brauche zwingend eine barrierefrei zugängliche Umwelt, für 30 bis 40 Prozent sei dies notwendig und für 100 Prozent komfortabel. Dies sei eine gute Richtschnur, wenn es um die touristischen Entwicklungspotenziale Deutschlands gehe, denn bedingt durch den demographischen Wandel gewinne das Thema Barrierefreiheit eine immer größere Bedeutung. Laut einer Studie der Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen e. V. (FUR) könne es bis zu 5 Mrd. Euro mehr Einnahmen für die Tourismusbranche durch mögliche Effekte einer besseren Barrierefreiheit geben. Das entspreche zusätzlichen 90 000 Arbeitsplätzen. Abgesehen von kleinen Schwächen, z. B. dass ein Zuschussprogramm der KfW Bankengruppe nie sektorenspezifisch, das heißt exklusiv für touristische Betriebe, sein könne, sei der Antrag äußerst umfassend und zielführend. Aufgabe der Politik sei es, Rahmenbedingungen zu schaffen, um der Tourismusindustrie den notwendigen Umbau hin zur Barrierefreiheit möglichst schnell zu ermöglichen.

Berlin, den 9. Mai 2012

Christian Hirte
Berichterstatter

Gabriele Hiller-Ohm
Berichterstatterin

Jens Ackermann
Berichterstatter

Dr. Ilja Seifert
Berichterstatter

Markus Tressel
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333